

Sprechen Sie „Amtisch“?

Die Kritik am **österreichischen Amtsjargon** ist genauso alt wie dieser selbst. Dabei kommunizieren Behörden heute verständlicher als je zuvor. Gehört „Amtsdeutsch“ am Ende gar zu den sterbenden Sprachen?

In welcher Sprache sie mit den Behörden verkehrt, ist der österreichischen Bevölkerung gleichgültig“, kommentierte Karl Kraus im Jahr 1899 den damaligen Konflikt rund um die Zweisprachigkeit auf Ämtern in Böhmen und Mähren. „Sie versteht schließlich den Beamten auch dann nicht, wenn er angeblich ihre Muttersprache spricht.“

Allen Bonmots über die „Beamten-sprache“ ist ein langes Leben garantiert. Worauf der Sprachkritiker Kraus vor mehr als 120 Jahren abzielte, ist uns auch heute noch unmittelbar eingängig. Wir alle wissen, wie sich „Amtsdeutsch“ liest, wie sich Beamtenjargon anhört. Es sind die doppelt und dreifach verschachtelten Sätze, die sich geradezu gegen ihre Leserinnen und Leser sträuben. Es ist der schwerfällige Nominalstil und die Vorliebe für strenge Funktionsverbgefüge („zur Anwendung bringen“ statt anwenden), es sind die unnötig gestelzten Verben („darstellen“, „erlangen“) und die Tendenz zu Passivformen, es sind die ältlichen Adverbien („sohin“) und Prä-

positionen („seitens“). Dazu all die Abkürzungen und Fachausdrücke („Meistbotsverteilung“), die nur Eingeweihte verstehen können.

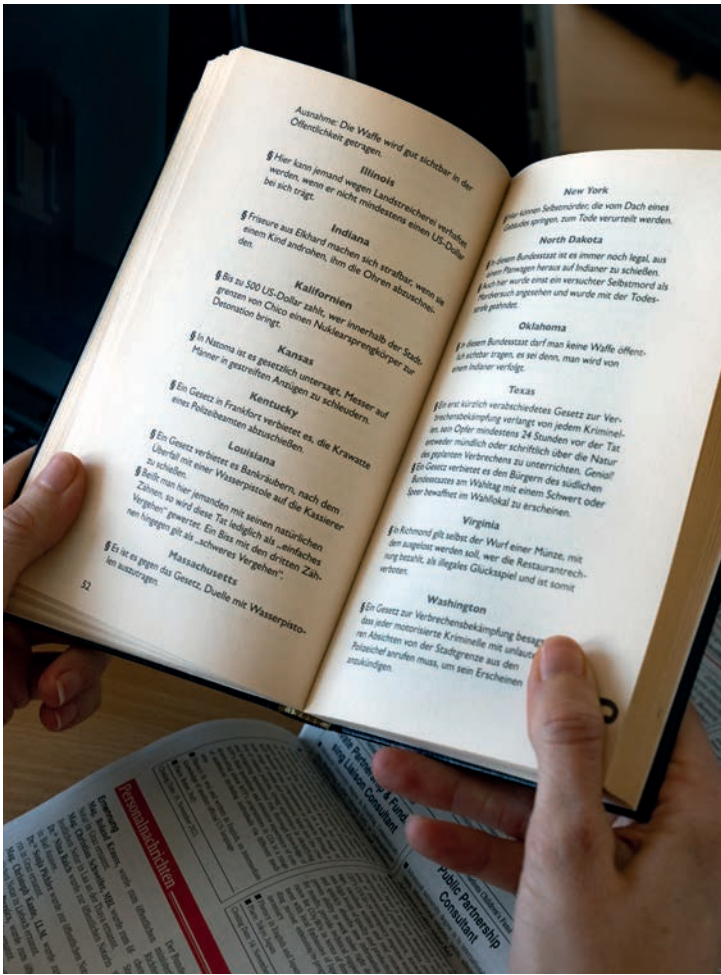
Aufgeklärte Schnörkelei

Doch wie ist sie eigentlich entstanden, die „Amtssprache“? Und wie hat sie sich im Lauf der Zeit gewandelt – am Ende vielleicht sogar zum Besseren? „Die Ursprünge des österreichischen Amtsdeutsch gehen auf die Sprachreform Maria Theresias im 18. Jahrhundert zurück, die die verschnörkelte Kanzleisprache Kaiser Maximilians I. reformieren wollte“, erklärt Manfred Glauning in Gespräch mit „Die Republik“. Der an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften forschende und an der Universität Wien lehrende Germanist weist auf den heute leicht paradox anmutenden Umstand hin, dass der Wiener Hof sich damals ausgerechnet die sächsische – also die ostmitteldeutsche – Sprachnorm zum Vorbild nahm. Die „Aufklärung von oben“, die Maria Theresias Nachfolger

Joseph II. anstrebte, stützte sich auf Behörden, die sich in „klarer Sprache“ an die Bürgerinnen und Bürger richten sollten. An die Stelle des blumig ausschweifenden und oft ärgerlich unkonkreten Schreibstils früherer Jahrhunderte sollten trockene, absolute, in allen Teilen des Reiches verständliche Formulierungen treten – als Ausdruck einer unbestechlichen staatlichen Autorität.

So weit die Theorie. In der Praxis aber, sagt Glauning, stehe die Verwaltungssprache seither vor einem nicht zu lösenden Problem: „Sie muss sehr komplexe Abläufe beschreiben und widerspiegeln können. Sie muss dabei immer im Rahmen der Gesetze korrekt formulieren. Sie muss sich dazu zwangsläufig juristischer Fachbegriffe bedienen. Und: Sie muss sich theoretisch an alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger richten. All das zu erfüllen ist eine Quadratur des Kreises.“ Daraus müsse fast zwangsläufig dieser floskelhafte, oft unverständliche Ausdruck entstehen, den wir als für die Beamten-sprache so typisch empfinden.






Behörden-Sprache. „Amtsdeutsch“ wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als unpersönlich und verschachtelt wahrgenommen. Für viele Menschen ist Verwaltungssprache damit völlig unverständlich.

AUSTRIAZISMEN

Einige Wörter, die kein deutsches Amt versteht

Österreichisch – Deutschländisch

Abfertigung – Abfindung
der Akt – die Akte
Drucksorte – Formular
Einlaufstelle – Annahmestelle
Einvernahme – Vernehmung
Kundmachung –
 Bekanntmachung
Verlassenschaft –
 Nachlass



Sprachkritik von innen


Auch der Germanist Peter Wiesinger hat in seinem Standardwerk „Das österreichische Deutsch“ darauf hingewiesen, dass „Unpersönlichkeit und Objektivierung“ wichtige Stilmerkmale einer präzise formulierenden Behördensprache seien.

TYPISCH KANZLEISTIL!

Einige deutsche Wörter, die es nur (mehr) in der Verwaltungssprache gibt

Kanzleistil – Umgangssprache

Pauschbetrag – Pauschale
Ruhegenuss – Pension
Anfall des Ruhegenusses –
 Pensionseintritt
verhalten – veranlassen
einberichten – mitteilen
gleichhalten – gleichsetzen
unbeachtlich –
 nicht zu berücksichtigen
anher – hierher
sohin – also



Trotzdem: Muss präzises Amtsdeutsch immer gleich unverständliches Kauderwelsch bedeuten? Gibt es nicht genug Raum zwischen Kanzlei und Boulevard, den Behörden ausloten könnten?

Auf jeden Fall, sagen mutige Juristinnen und Juristen, die sich dieser Langzeitaufgabe stellen. Sprachkritische Fachleute wie Robert Fucik oder Michael Rami halten sich und der Kollegenschaft mit der unterhaltsamen Kolumne „Sprache und Recht“ in der Österreichischen Juristen-Zeitung regelmäßig den Spiegel vor. Und das Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien veröffentlichte erst heuer den lesenswerten Leitfaden „Recht und Sprache in der Praxis“. Die Themen Bürgernähe und Verständlichkeit sind auf österreichischen Ämtern nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung neu in Mode gekommen. Noch nie kamen so viele Bürgerinnen und Bürger so bequem aufs Amt wie heute – mit der berechtigten Erwartung, den Staat auch zu verstehen, wenn er mit ihnen spricht.

Der Weg zur Einfachheit

In der Praxis geht es dabei aber weniger darum, mäandernde Gesetzestexte

in möglichst kurze und einfache Sätze umzupacken, als darum, mit digitalen Tools eine neue Erklär-Ebene einzufügen zwischen der Behörde und der Bevölkerung. Auf Serviceportalen wie finanzonline.at oder MeineSV.at beantworten Bots in einfacher Sprache Fragen der Besucherinnen und Besucher oder helfen beim Ausfüllen von Formularen. Die dahinterliegende Künstliche Intelligenz wird von Jahr zu Jahr „sprachgewandter“ und treffsicherer.

Manfred Glauningler beobachtet diese Entwicklung mit großem Interesse. Die (Stil-)Kritik an der Verwaltungssprache kann er – gerade mit Verweis auf die neuesten digitalen „Übersetzungstools“ – nur teilweise nachvollziehen. Vereinfachung, sagt Glauningler, sei nämlich in der Linguistik ein umstrittener Begriff, denn sie bedeute keineswegs immer auch Verbesserung. „Jeder Fachbegriff sagt ja etwas Bestimmtes aus, ist oft sehr klar abgegrenzt innerhalb seines Kontexts. Lösen wir alle vermeintlich unverständlichen Wörter auf, zahlen wir womöglich einen höheren Preis, als wir wollten – nämlich in Form von noch mehr erklärenden und umschreibenden Wörtern“, so Glauningler. „Das Gleiche gilt für die immer wieder kri-

tisierten ‚Schachtelsätze‘: Sie komprimieren Abläufe, das kann auch sehr hilfreich sein. Es ist oft verständlicher, als wenn man dieselben Abläufe auf mehrere kurze Sätze aufteilt.“

Soziolekt einer besonderen Gruppe

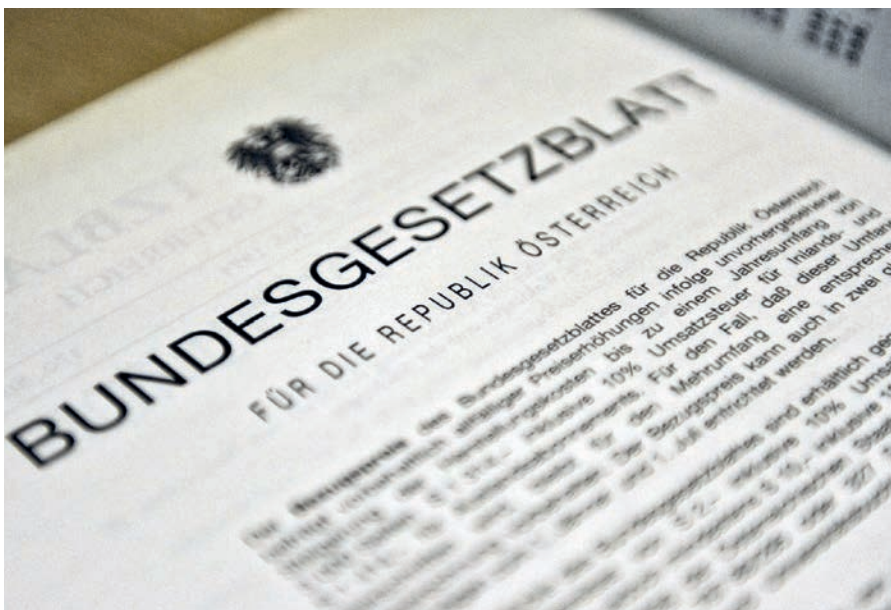
Die Beamtensprache besteht aber nicht nur aus besonderer Terminologie und Syntax. Die Menschen, die sie verwenden, drücken damit auch soziale Zugehörigkeit aus. Manfred Glauning: „Diese besondere Kanzleisprache des 18. und 19. Jahrhunderts gehörte zum Gesamtbild, zum Habitus des Staatsbeamten. Es war eine ganz besondere soziale Gruppe, eine dem Kaiser loyale Bastion in den turbulenten Zeiten der Revolutionen und des Nationalismus.“ Bis ins beginnende 20. Jahrhundert behielt die Beamtenschaft diese relativ starre soziale Formation. „Als höherer österreichischer Beamter verstand man sich als der gehobenen Mittelschicht zugehörig, man war mit bestimmten Privilegien ausgestattet und politisch konservativ eingestellt“, so Glauning. „Diesen Status brachte man auch mit einer bestimmten

Sprechweise zum Ausdruck, die der Kohäsion nach innen und der Abgrenzung nach außen diene.“ Dieses Bild entspreche aber schon lange nicht mehr der Realität – dazu seien die öffentlich Bediensteten heute eine viel zu heterogene Gruppe.

Der karikaturhafte Habitus des kaiserlichen Beamten habe sich – allem Sarkasmus zum Trotz – über die Jahrzehnte gehörig abgeschliffen, findet Glauning. „Den typischen ‚Jargon‘, der auch in die mündliche Kommunikation Floskeln wie ‚in eventu‘ oder Ähnliches einbaut, gibt es in österreichischen Ämtern so gut wie nicht mehr. Vielleicht noch in Wiener Ministerien auf höherer Beamtenebene – aber selbst da bin ich mir nicht sicher.“ Leider gebe es keine aktuelle soziolinguistische Erforschung des Beamtenjargons, bedauert Glauning: „Wie kommuniziert diese Gruppe heute untereinander? Welche Vorstellungen macht man sich überhaupt von ‚den Beamtinnen und Beamten‘? Und wie realistisch ist dieses Bild? Das sind alles sehr spannende Fragen, zu deren Beantwortung uns die Empirie noch fehlt.“

Umgangssprache „Amtisch“?

Amtsdeutsch ist schlussendlich auch nichts anderes als eine Fachsprache – so wie die Wissenschaftssprache, die Fliegersprache oder die Jägersprache. Mit dem großen Unterschied, dass Bürgerinnen und Bürger so oft mit ihr konfrontiert werden, dass wir irrtümlich annehmen, wir müssten sie und ihre Fachbegriffe beherrschen. Über diese erzwungene Sprachgewandtheit der Österreicherinnen und Österreicher darf man wohl geteilter Meinung sein. Sie hat einerseits zur Folge, dass auch Boulevardzeitungen ihren Leserinnen und Lesern allsommerlich die „verkehrsbeschränkenden Maßnahmen im niederrangigen Straßennetz im Bezirk Reutte“ im Originaltext zumuten können. Andererseits führt es aber auch zu genialen Neuschöpfungen wie „Corona-bedingt“. Erinnern wir uns: Es dauerte im März 2020 keine drei Tage, bis sich diese Ausgeburt österreichischer „Umgangs-Amtssprache“ im Alltag festgesetzt hatte. Am Ende zählt halt nur die Verständlichkeit. Diese Erkenntnis sollte seitens der Leserinnen und Leser in Evidenz gehalten werden.



Digitalisierung. Das Thema Verständlichkeit ist wichtiger denn je. Statt Gesetzestexte zu „übersetzen“, werden aber eher digitale Tools wie Erklär-Bots auf Serviceportalen eingesetzt.

BELIEBTE ABK.

- B – Beschluss
- BG – Bundesgesetz
- EZ – Einlagezahl
- GWD – Grundwehrdienst
- GZ – Geschäftszahl
- Idat – Inkrafttretensdatum
- idgF – in der geltenden Fassung
- iVm – in Verbindung mit
- LNR – Laufende Nummer
- MBI. – Ministerialblatt
- ÖD – öffentlicher Dienst
- RH – Rechnungshof
- RV – Regierungsvorlage
- uzw – und zwar
- vH – vom Hundert
- WV – Wiederverlautbarung
- Z – Ziffer
- ZI. – Zahl
- zT – zum Teil

